

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 15 | 12.04.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 90/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Privatuniversitäten-Studienförderungsverordnung** geändert wird

[BGBl II 93/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie, mit der die **Schiffahrtsanlagenverordnung** geändert wird

[BGBl II 94/2019](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die **Pflanzenschutzverordnung 2011** geändert wird

[BGBl III 49/2019 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der **Russischen Föderation** über die **gegenseitige Hilfeleistung** bei **Naturkatastrophen** oder technischen Katastrophen und die Zusammenarbeit bei deren Prävention

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 101 v 11.04.2019, 1](#)

Beschluss (EU) 2019/584 des Europäischen Rates, im Einvernehmen mit dem **Vereinigten Königreich** gefasst, vom 11. April 2019 zur **Verlängerung der Frist** nach Artikel 50 Absatz 3 EUV

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.03.2019, [G 380/2018](#) (Anlassfall [E 2616/2018](#))

Sbg BaupolizeiG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch eine Bestimmung des Sbg BaupolizeiG betreffend den Ausschluss der **Parteistellung von Nachbarn und Eigentümern** angrenzender Hauptversorgungseinrichtungen bei nachträglicher Bewilligung konsenslos errichteter Anlagen nach Ablauf von fünf Jahren; Anregung eines baupolizeilichen Verfahrens, Beschleunigung nachträglicher Bewilligungsverfahren und Vermeidung nachbarschaftlicher Rechtsstreitigkeiten vermögen den Ausschluss der Parteistellung sachlich nicht zu rechtfertigen

13.03.2019, [UA 4/2018](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Zurückweisung einer Beschwerde gegen näher bezeichnete Verhalten des **BVT-Untersuchungsausschusses** bzw dessen Funktionären; keine Möglichkeit der Anrufung des VfGH zur Änderung der Klassifizierungsstufe von „eingeschränkt“ in „geheim“ betreffend an den Nationalrat übermittelte Informationen; Unzulässigkeit der Beschwerde mangels Darlegung des Eingriffs in Persönlichkeitsrechte hinsichtlich der Hinderung einer Vertrauensperson zur Abgabe einer Wortmeldung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.02.2019, [Ro 2016/06/0022](#)

Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG; **Tir BauO**; mit der Befreiung von der Verpflichtung zur Schaffung von 15 Stellplätzen wird auch die Rechtssphäre des Rw insoweit berührt, als dieser als **Miteigentümer des Bauplatzes** gem § 4 Tir VerkehrsaufschließungsabgabenG zur Entrichtung der Verkehrsaufschließungsabgabe verpflichtet ist; die der Entscheidung gem § 8 Abs 9 Tir BauO folgende Vorschreibung der Verkehrsaufschließungsabgabe betrifft unmittelbar das Eigentum des Rw als Miteigentümerin, weshalb im vorliegenden Fall kein Grund besteht, sein Mitspracherecht betreffend eine Baubewilligung, soweit mit ihr Auswirkungen auf die Stellplatzverpflichtung bzw Ausgleichsabgabe verbunden sind, in Zweifel zu ziehen

28.02.2019, [Ra 2017/07/0071](#)

WasserrechtsG; § 134 Abs 7 iVm § 23a WasserrechtsG sollen nicht zuletzt dazu beitragen, ein Katastrophenereignis zu verhindern; der Beurteilung sind va die (ua) bei einem allfälligen Dammbbruch zu befürchtenden Auswirkungen zugrunde zu legen; der bauliche Zustand einer Stauanlage kann miteinbezogen werden, ist jedoch kein entscheidendes Kriterium; es wird damit das Ziel verfolgt (auch) bei „kleineren“ Talsperren und Speichern, die sich zwar in einem konsensgemäßen Zustand befinden und bei denen regelmäßige Kontrollbegehungen durchgeführt werden, bei denen jedoch im Falle eines Katastrophen-szenarios eine Gefährdung der allgemeinen Sicherheit zu erwarten ist, eine bereits im Voraus wirkende zusätzliche Maßnahme zur Verhinderung eines solchen Vorfalls durch die Bestellung eines **Talsperrenverantwortlichen** zu setzen

29.03.2019, [Ro 2018/02/0023](#)

BankwesenG; **Finanzmarkt-GeldwäscheG**; § 99d BankwesenG und § 35 Finanzmarkt-GeldwäscheG verlangen für die Bestrafung einer Bank als **juristische Person** keine **verwaltungsstrafrechtliche Verurteilung** ihrer Führungs- oder einer anderen natürlichen Personen; es liegt im Ermessen der FMA, ob sie wegen desselben Delikts auch die in Frage kommenden Führungspersonen bestraft; zumal die zitierten Bestimmungen nicht von verfahrensrechtlichen Bestimmungen flankiert sind und sich auch sonst kein besonderes Verfahrensrecht für das Verwaltungsstrafverfahren gegen juristische Personen findet, ist – soweit auf diese anwendbar – auf das VStG zurückzugreifen; da die Bank nicht selbst handeln kann, setzt ihre Bestrafung die rechtswidrige und schuldhaftige Verwirklichung des entsprechenden Tatbestands durch eine ihr zurechenbare (natürliche) Führungsperson voraus

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 27.03.2019, [LVwG-651384](#)

FührerscheinG; steht außer Frage, dass die Grunderkrankung des Bf (diabetes mellitus) Auswirkungen auf seine **Leistungsfähigkeit im Straßenverkehr** haben kann, weil sie etwa geeignet ist, Bewusstlosigkeit herbeizuführen, und wurde zudem in Bezug auf die Berechtigung des Bf zum Lenken von Schienenfahrzeugen eine Nachuntersuchung in drei Jahren fachärztlich als erforderlich angesehen, bestehen keine Bedenken hinsichtlich der bescheidmäßigen Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung gemäß § 24 FührerscheinG

LVwG Oö 02.04.2019, [LVwG-152113](#)

Oö BauO; **AVG**; eine Gemeinde ist zwar eine juristische Person, aber keine Behörde; ein bloß **von der Gemeinde verfasstes Schreiben**, mit dem einem Adressaten aufgetragen wird, für den von ihm errichteten Rohbau entweder um nachträgliche Baubewilligung anzusuchen oder diesen zu beseitigen, kommt daher ungeachtet der Bezeichnung als Bescheid keine rechtliche Wirkung zu, wenn sich nicht eruieren lässt, welcher Gemeindebehörde dieses Schreiben zuzurechnen sein könnte

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Wien 01.02.2019, [VGW-021/054/8983/2016](#)

TabakG; dem Ausnahmetatbestand des § 13 Abs 2 TabakG lässt sich nicht entnehmen, dass jene Räume, in denen das Rauchen gestattet wird, ausschließlich dem Zweck des Rauchens dienen dürfen; die beiden einzigen im Gesetz vorgesehenen zwingenden Vorgaben für eine zulässige Bezeichnung von Räumen, in denen das Rauchen gestattet ist, sind (1) das Verbot, dass Tabakrauch in den mit **Rauchverbot** belegten Bereich dringt und (2) dass das Rauchverbot mit der Einrichtung des **Raucherraums** nicht umgangen wird, was etwa dann zuträfe, wenn der Raucherraum eine für die Kunden „bessere“ Ausstattung und Infrastruktur bzw ein größeres Flächen- bzw Platzangebot als der Nichtraucherzimmer aufweist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.04.2019, Rs C-214/18, PSM „K“](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – **Mehrwertsteuer** – Gerichtsvollzieher – Zwangsvollstreckung – Gesetzlich festgelegte **Gebühren** – **Verwaltungspraxis** der zuständigen nationalen Behörden, wonach der Betrag dieser Gebühren die Mehrwertsteuer enthält – Grundsätze der Neutralität und der Verhältnismäßigkeit

[10.04.2019, Rs C-282/18 P, The Green Effort / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Beschwerdeverfahren – Fristen – Elektronische Zustellung – **Berechnung der Fristen**

[11.04.2019, verb Rs C-473/17 u C-546/17, Repsol Butano](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Energie – Flüssiggassektor – **Verbraucherschutz** – Verpflichtung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse – **Höchstpreis für Flüssiggasbehälter** – Pflicht zur Hauszustellung – Art 106 AEUV – Richtlinien 2003/55/EG, 2009/73/EG und 2006/123/EG – Auslegung des Urteils vom 20. April 2010, Federutility ua (C-265/08, EU:C:2010:205) – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[11.04.2019, Rs C-483/17, Tarola](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – **Freizügigkeit** – Richtlinie 2004/38/EG – Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Art 7 Abs 1 Buchst a – Arbeitnehmer und Selbständige – Art 7 Abs 3 Buchst c – Recht auf Aufenthalt für mehr als drei Monate – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats, der während eines Zeitraums von 15 Tagen eine abhängige Erwerbstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausgeübt hat – **Unfreiwillige Arbeitslosigkeit** – Aufrechterhaltung der **Erwerbstätigeneigenschaft** für mindestens sechs Monate – Anspruch auf den Zuschuss für Arbeitsuchende („jobseeker’s allowance“)

[11.04.2019, Rs C-638/17, Skonis ir kvapas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Struktur und Sätze der **Verbrauchssteuern** auf **Tabakwaren** – Richtlinie 2011/64/EU – Art 4 Abs 1 Buchst a – Begriff **„Zigarren oder Zigarillos“** – Tabakrollen mit einem äußeren Deckblatt aus natürlichem Tabak, das teilweise von einer zusätzlichen Schicht aus Papier umhüllt ist

[11.04.2019, Rs C-690/17, ÖKO-Test Verlag](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Marken – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 1 – Richtlinie 2008/95/EG – Art 5 Abs 1 und 2 – Rechte aus der Marke – **Individualmarke**, die aus einem **Testsiegel** besteht

[11.04.2019, Rs C-691/17, PORR Építési Kft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Anspruch auf Abzug der als **Vorsteuer** entrichteten Mehrwertsteuer – Art 199 Abs 1 Buchst a – Verlagerung der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger – **Rechtsgrundlose Entrichtung** der Steuer durch den **Dienstleistungsempfänger** an die Erbringer aufgrund einer irrtümlich nach den gewöhnlichen Steuervorschriften ausgestellten Rechnung – Bescheid der Steuerbehörde, mit dem eine Steuerschuld des Dienstleistungsempfängers festgestellt und ein Antrag auf Steuerabzug abgelehnt wird – Keine Prüfung durch die Steuerbehörde, ob eine Steuererstattung möglich ist

[11.04.2019, verb Rs C-29/18 ua, Cobra Servicios Auxiliares](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über **befristete Arbeitsverträge** – Paragraf 4 – **Diskriminierungsverbot** – Begriff „Beschäftigungsbedingungen“ – Vergleichbarkeit der Situationen – Rechtfertigung – Begriff **„objektive Gründe“** – Entschädigung bei der Beendigung eines unbefristeten Arbeitsvertrags aus sachlichem Grund – Geringere Entschädigung, die beim Auslaufen eines Arbeitsvertrag „zur Erbringung einer Werk- oder Dienstleistung“ gezahlt wird

[11.04.2019, Rs C-254/18, Syndicat des cadres de la sécurité intérieure](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/88/EG – **Arbeitszeitgestaltung** – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – Wöchentliche Höchstarbeitszeit – Bezugszeitraum – Gleitender oder fester Charakter – Abweichung – **Po-lizeibeamte**

[11.04.2019, Rs C-288/18, X \(Classement tarifaire – Moniteurs à écran plat de grand format\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Tarifierung** der Waren – Kombinierte **Nomenklatur** – Unterpositionen 8528 51 00 und 8528 59 40 – **Flachbildschirme** mit Flüssigkristallanzeige, die Signale von automatischen Datenverarbeitungssystemen darstellen können – Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie

[11.04.2019, Rs C-295/18, Mediterranean Shipping Company \(Portugal\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zahlungsdienste im Binnenmarkt – Richtlinie 2007/64/EG – Art 2 und 58 – Geltungsbereich – Zahlungsdienstnutzer – Begriff – Ausführung eines **Lastschrift-Zahlungsauftrags**, der von einem Dritten für ein Konto, dessen Inhaber er nicht ist, erteilt wurde – Keine **Autorisierung** des Inhabers des belasteten Kontos – Nicht autorisierter Zahlungsvorgang

[11.04.2019, Rs C-464/18, Ryanair](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Bestimmung des für die Entscheidung über eine Klage auf **Ausgleichszahlung** wegen eines verspäteten Fluges **zuständigen Gerichts** –

Art 7 Nr 5 – Betrieb einer **Zweigniederlassung** – Art 26 – Stillschweigende Vereinbarung – Notwendigkeit der Einlassung des Beklagten

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.04.2019, Rs C-291/18, Grup Servicii Petroliere \(GA Hogan\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 148 Buchst a und c – **Steuerbefreiung** – Lieferung selbsthebender **Offshore-Bohreinheiten** – Schiff – Definition – Voraussetzung der ‚navigation on the high seas‘ (‚Fahrt bzw Navigation auf hoher See‘)

[11.04.2019, verb Rs C-663/17 P ua, EZB / Trasta Komercbanka ua \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Nichtigkeitsklage – Unzulässigkeitseinrede – Verordnung Nr 1024/2013 – Aufsicht über Kreditinstitute – **Entzug** der **Zulassung** eines **Kreditinstituts** durch die Europäische Zentralbank – Automatische Liquidation des betroffenen Kreditinstituts nach dem nationalen Recht – Klagebefugnis des Kreditinstituts in Liquidation, vertreten durch den ehemaligen Vorstand – Klagebefugnis der Aktionäre

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.04.2019, Beschwerde Nr [23887/16](#), I.M. / Schweiz

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Anordnung** der **Ausweisung** eines kosovarischen Staatsbürgers (Bf) durch die schweizerischen Behörden aufgrund der **Verurteilung** des Bf wegen Vergewaltigung im Jahr 2003; **Abhängigkeit** des pflegebedürftigen Bf von seinen erwachsenen Kindern; keine Berücksichtigung des gesundheitlichen Zustands und des familiären Umfelds des Bf durch die nationalen Behörden; **Ausweisung** des Bf wäre daher **konventionswidrig**

11.04.2019, Beschwerde Nr [48798/14](#), Guimon / Frankreich

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Weigerung** der nationalen Behörden, die wegen **terroristischer Straftaten** inhaftierte Bf am **Begräbnis** ihres Vaters teilnehmen zu lassen; bestehende Mitgliedschaft der Bf in einer Terrororganisation; **keine Möglichkeit** für die nationalen Behörden, innerhalb kurzer Zeit eine verstärkte **Sicherheitsbegleitung** zu organisieren; keine Überschreitung des Ermessensspielraums durch die nationalen Behörden

11.04.2019, Beschwerde Nr [50053/16](#), Harisch / Deutschland

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Beantragung** der **Anrufung** des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in einem Zivilverfahren durch den Bf; Ablehnung der Anrufung des **EuGHs** durch die nationalen Gerichte; hinreichende Gründe für die Ablehnung; **keine willkürliche Vorgehensweise** der nationalen Gerichte

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.